

Der Steinmetz-Beitrag

Organ

für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
 Herausgeber:
 Paul Mitschke, Rixdorf-Berlin, Steinmetzstraße 14.
 Verantwortlicher Redakteur:
 Dithmar Schmidt, Rixdorf-Berlin, Steinmetzstraße 14.

Geschäftsstelle und Expedition:
 Rixdorf-Berlin,
 Steinmetzstraße 14.

Abonnementpreis durch die Post inkl. 15 Pf. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pf.
 Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pf., von Privaten 20 Pf. die gespaltene Zeile oder deren Raum. Arbeitsangebote werden nur aufgenommen, wenn Lohnverhältnisse und Arbeitszeit angegeben sind.
 „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7166 d. Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 33 | Sonnabend, den 19. August 1899. | 3. Jahrg.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Der Ausstand in Berlin, Breslau, Bunzlau, Wenig-Radwis, Löwenberg und Alt-Warthau dauert fort. Einer Anbahnung zur Unterhandlung beim Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Berlin ist durch Versammlungsbeschluss Rechnung getragen.
 6 Firmen haben die Forderung der Ausständigen anerkannt.
 In Lohnbewegung stehen die Kollegen in Heppenheim, Schwarzenbach, Berlin II (Marmorarbeiter), Zwickau (Platz Mehlhorn) wurde wegen Maßregelung gesperrt. Außer vorgenannten Orten besteht die Sperre noch über den Kasernen-Neubau Mannheim.
 In Posen dauert der Ausstand bei der Firma Böttcher fort.
 Köln a. Rh. wurde Ausstand und Sperre beigelegt und sind die Kollegen in Unterhandlung getreten.

Was der Arbeiter im Arbeitsverhältnis zu beobachten hat.

Kranken- und Unfall-Versicherung.

Obgleich die Gewerkschaften sich bemühen, das Auskunftsweisen, betreffend die Rechte des Arbeiters, auszuweihen, wird diese Einrichtung von den eigenen Berufskollegen viel zu wenig gewürdigt.
 Man denkt immer erst daran, Erkundigungen einzuziehen, wenn es zu spät ist. Dieses Uebel zeigen uns besonders die vielen Vernachlässigungen betreffend der Krankenkasse.
 Man tritt z. B. heute gesund und munter aus dem Arbeitsverhältnis, ohne zu ahnen, daß man schon in einigen Tagen schwer erkrankt sein kann. Jedoch hat die Kasse dann, falls die freiwillige Mitgliedschaft nicht angemeldet, keine Verpflichtung, den Kranken zu unterstützen. Darum muß jeder Kollege, wenn er aus dem Arbeitsverhältnis tritt, sofort oder innerhalb acht Tagen sich nach dem Lokal der Kasse bemühen, welcher er bisher angehört, um seine freiwillige Mitgliedschaft anzumelden. Natürlich muß derselbe dann auch seine Beiträge so lange allein bezahlen, bis er wieder in ein anderes Arbeitsverhältnis eintritt.
 Es ist ferner angebracht, bei eintretenden Unfällen auf der Hut zu sein. Das erste, was unternommen werden muß, wenn einem Kollegen ein Unfall passiert, ist, daß sein Arbeitgeber den Unfall sofort der örtlichen Behörde anmeldet. Dies ist von den Kollegen streng zu beachten.
 Bekanntlich werden die Krankenkosten aller Unfälle für die Dauer von 13 Wochen von der Krankenkasse getragen. Dauert jedoch die Krankheit länger als 5 Wochen, so gewährt, von der 5. Woche ab, schon die Unfallkasse einen Zuschlag zu dem Krankengeld. Erfolgt nach 13 Wochen kein Bescheid seitens der Berufsgenossenschaft, so hat sich der Verletzte, ob er geheilt ist oder nicht, an seine Berufsgenossenschaft zu wenden, am besten mittels Einschreibebrief.
 Ist der Verletzte jedoch geheilt und hat sein Unfall dauernde oder vorübergehende Erwerbsbeeinträchtigung zur Folge, so muß er sich gleichfalls vergewissern, wie sein Arzt seine Erwerbsfähigkeit abschätzt und kann, wenn er damit zufrieden ist, einen diesbezüglichen Antrag seiner Berufsgenossenschaft unterbreiten.

Bei diesem sind folgende Bestimmungen zu beachten: Nach dem Unfallversicherungsgesetz § 61 vom 6. Juli 1884 ist die Berufsgenossenschaft verpflichtet, eine Rente an den Verletzten zu zahlen. Der Unfall muß zeitig angezeigt und nicht vorsätzlich herbeigeführt sein. Die Rente wird prozentual festgesetzt, je nach der Art der Verletzung. Vom Reichsversicherungsamt ist dazu eine Skala festgesetzt worden. Jedes Glied hat darin seine Bedeutung, jedoch spielt auch der Beruf eine Hauptrolle. Die Rente wird nach § 5, Absatz 6, mit 66 $\frac{2}{3}$ pCt. ausbezahlt.
 Z. B. hat der Verletzte ein Einkommen von 1200 Mk. jährlich und wäre seine Erwerbsunfähigkeit auf 40 pCt. geschätzt, so erhielt er eine Rente wie folgt:
 Jahreseinkommen . . . 1200 Mk.
 davon 66 $\frac{2}{3}$ pCt. . . = 800 „
 von 800 Mk. 40 pCt. = 320 „ jährlich,
 mithin eine monatliche Rente von 26,25 Mk.

In den meisten Fällen wird jedoch die beantragte Rente von der Berufsgenossenschaft nicht ohne weiteres willig gezahlt, und muß der Verletzte fast immer den Klageweg beschreiten. Nach § 62, Absatz 2 des Unfall-Versicherungsgesetzes kann der Verletzte Berufung bei einem Schiedsgerichte einlegen und dort seine Ansprüche geltend machen. Der Gebrauch dieses Rechtes erlischt jedoch nach 4 Wochen vom Tage der Zustellung an, wo die Berufsgenossenschaft dem Verletzten seine Rente festgestellt hat (Kaiserl. Verordnung § 4). Infolge dessen muß der Verletzte innerhalb 4 Wochen dem Schiedsgericht seine Ansprüche einreichen und beantragen, daß ein Termin zwecks mündlicher Verhandlung angesetzt werden soll.

Dem Antrage auf Erhöhung der Rente müssen genügende Beweismittel beiliegen, als ärztliches Gutachten, Zeugnisse des Arbeitgebers usw.

Wird der Verletzte auch hier abgewiesen, so steht demselben wieder nach Verlauf von 4 Wochen nach der Zustellung des schiedsgerichtlichen Urtheils das Recht zu, sich an das Reichs-Versicherungsamt in Berlin zu wenden und dort nochmals seine Ansprüche geltend zu machen.

Abchluss des Arbeitsvertrages.

Der Arbeitsvertrag ist abgeschlossen, sobald der Unternehmer oder sein Bevollmächtigter erklärt hat, der Arbeiter könne in Arbeit treten und der Arbeiter sich erklärt hat, Arbeit zu nehmen.

Beide Theile können dann die Erfüllung des Vertrages fordern.

Kündigung.

Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt für beide Theile 14 Tage. Dazu bedarf es keiner besonderen Abmachungen.

Durch besondere Abmachung kann eine längere oder kürzere Kündigungsfrist vereinbart werden. Sie muß für beide Theile gleich lang sein.

Die Kündigung kann auch ganz ausgeschlossen werden und wenn nichts besonderes darüber ausgemacht ist, an jedem Tage der Woche erfolgen.

Zeugniß.

Beim Abgange können die Arbeiter ein Zeugniß über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Das Zeugniß ist auf Verlangen der Arbeiter auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszudehnen. Das Zeugniß darf mit keinen Merkmalen und heimlichen Zeichen versehen sein.

Arbeitsbuch.

Im Arbeitsbuch dürfen nur Eintragungen über Art und Dauer der Beschäftigung gemacht werden. Zeugnisse über Führung und Leistungen sind auf Verlangen extra zu erteilen.

Das Arbeitsbuch darf nicht mit Zeichen und heimlichen Merkmalen versehen sein.

Es kann auf Kosten des Arbeitgebers ein neues Arbeitsbuch gefordert werden:

- wenn unzuverlässige Eintragungen darin gemacht werden;
 - wenn es beim Arbeitgeber unbrauchbar geworden oder verloren gegangen ist;
 - wenn der Arbeitgeber die Aushändigung des Buches ohne ausreichenden Grund verweigert.
- In diesen Fällen ist der Arbeitgeber auch entschädigungspflichtig. Der Entschädigungsanspruch muß aber innerhalb vier Wochen nach seiner Entstehung durch Klage oder Einrede geltend gemacht werden.

Lohnzahlung.

Die Löhne müssen in Reichswährung berechnet und ausgezahlt werden.

Die Unternehmer dürfen den Arbeitern keine Waaren kreditiren.

Auf Kredit unter Anrechnung bei Lohnzahlung dürfen sie ihnen geben:

- Lebensmittel zu den Anschaffungskosten;
- Wohnung und Landnutzung zu den ortsüblichen Mieth- und Pachtpreisen;
- regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, Feuerung und Beleuchtung, Werkzeuge und Rohstoffe zu den durchschnittlichen Selbstkosten.

Akkordarbeitern dürfen Werkzeuge und Rohstoffe auch zu den ortsüblichen Preisen berechnet werden. Diese müssen aber stets im Voraus vereinbart sein.

Die Unternehmer dürfen den Arbeitern nicht vorschreiben ihre Bedürfnisse in bestimmten Verkaufsstellen zu decken.

Lohnpfändung, Lohnbeschlagnahme.

Lohnpfändung bei dem Unternehmer ist erst zulässig, wenn der Arbeiter den Lohn am Fälligkeitstage nicht eingefordert hat.

Lohnbeschlagnahme dagegen, das ist der Befehl an den Unternehmer, den Lohn nicht auszuzahlen, auch für die Zukunft, ist nur zulässig:

- a. für die direkten persönlichen Staats-, Gemeinde-, Schul- und Kirchensteuern, soweit sie nicht seit länger als drei Monaten fällig sind;
- b. für gesetzliche Alimentations-Ansprüche.

Lohneinhalten.

Um sich gegen Kontraktbruch zu sichern, dürfen die Unternehmer Lohn zurückbehalten. Die Einbehaltung darf im Ganzen nicht mehr wie einen durchschnittlichen Wochenlohn betragen.

Die einzelnen Abzüge darauf dürfen niemals mehr als ein Viertel des Wochenlohns betragen.

Kontraktbruchstrafen.

Wegen Kontraktbruches können Bußen verlangt werden:
 1) Die Unternehmer von Fabriken, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, dürfen als Buße für Kontraktbruch höchstens den rückständigen Lohn für eine Woche verlangen.
 Das muß aber in der Arbeitsordnung ausdrücklich bestimmt sein.

Internationales.

Schweden. In Göteborg wurde uns unterm 17. d. M. telegraphisch gemeldet, daß die Steinmetzen sich im Ausstand befinden, mithin ist Zugang von Steinmetzen fern zu halten.

Internationales Agitations-Komitee.

S. A.: D. Schmidt.

Korrespondenzen.

Berlin. In der öffentlichen Versammlung der Steinmetzen, die Mittwoch, den 16. August im „Englischen Garten“ tagte, berichtete die Lohnkommission über den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Nach den Ausführungen von Thomas, der im Auftrage der Geschäftsleitung das Bunzlauer Streifgebiet besucht hat, herrscht unter den Ausständigen völlige Einmütigkeit. Sie werden unter keinen Umständen von den Forderungen ablassen, die sie erst gestellt haben, nachdem sie durch die Unternehmer in den Ausstand gedrängt worden sind. Sie wollen jedoch den Unternehmern so weit entgegenkommen, daß sie die Einführung des Minimallohnes von 55 Pfg. pro Stunde und Beseitigung der Affordarbeit erst zum 1. März nächsten Jahres verlangen, und wenn dies bewilligt wird, bis dahin zu den alten Bedingungen arbeiten. Die Situation ist für die Ausständigen in Schlesien eine sehr günstige. Von den 500 am Streif Beteiligten sind über 200 abgereist, die anderwärts bereits Arbeit gefunden haben. Streikbrecher sind überhaupt nicht zu verzeichnen. Die Ausständigen in den schlesischen Brüchen haben erklärt, nur gemeinsam mit den Berliner Steinmetzen zu handeln. — Nach dem Bericht, den Schauerhammer erstattete, hat sich auch die Lage für die Berliner Steinmetzen nicht verschlechtert, sondern eher verbessert. Die Unternehmer, welche in so prokrastischer Weise den Friedensschluß ablehnten, machen den Arbeitern alle möglichen Verprechungen, um sie für sich zu gewinnen. Sie befinden sich in einer sehr unangenehmen Lage, da die Arbeit überall drängt und Streikbrecher sich nicht gefunden haben, was die Unternehmer allerdings nicht vermuteten. Thatsächlich arbeiten nämlich nur 65 Steinmetzen in sämtlichen Betrieben zu den alten Bedingungen, bezw. die sich an dem Streik nicht beteiligt haben. Außer denjenigen, die abgereist sind, befinden sich noch 263 Mann im Ausstande. Ueber 100 Steinmetzen arbeiten zu den neuen Bedingungen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer einer herben Kritik unterzogen. Insbesondere wurde es verurtheilt, daß die Unternehmer das Einigungsamt ablehnten, und der Meinung Ausdruck gegeben, daß sie dies gethan haben, weil sie die Dessenlichkeit scheuten. Entsprechend gewürdigt wurden auch die bekannnten Rundschreiben, die die Innung und der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte erlassen hatten. Von allen Rednern wurde unter lebhaftem Beifall der Verammelten die Aufrechterhaltung des Streiks empfohlen und die Ansicht geäußert, daß der Kampf bestimmt mit dem Siege der Arbeiter enden wird. Einstimmig gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die am 16. August im Englischen Garten tagende Versammlung der Steinmetzen Berlins ersieht, da die Unternehmer den Einigungsversuch des Berliner Gewerbegerichts strikte ablehnen, daß eine friebliche Lösung des Streiks, Berlin-Schlesien, von Seiten der Unternehmer nicht zu erwarten ist. Die Berliner Steinmetzen erklären, fest auf ihren berechtigten Forderungen: Tagelohnarbeit, achtstündige Arbeitszeit und 70 Pfennige Minimallohn zu bestehen und den Kampf mit allen ihnen gefehlich zu Gebote stehenden Mitteln weiterzuführen.“ — Den Unverheiratheten wurde dringend aufgegeben, wenn die Unternehmer nicht noch diese Woche den Kampf beilegen, Berlin zu verlassen. Arbeit kann den Abreisenden genügend nachgewiesen werden. Die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden sind verpflichtet, 10 Proz. von ihrem Verdienste an den Streikfonds abzuführen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Sieg der Ausständigen erfolgte der Schluß der stark besuchten und vom kampfesfreudigen Geiste befehlten Versammlung.

Am 17. August haben die ausständigen Steinmetzen durch den Gesellenauschuß eine Denkschrift an die Magistrate, Stadtverordneten-Versammlungen, Gemeinde-Vorstände und Gemeinde-Vertretungen, sowie an die Bau- und Baumeister von Berlin und Umgegend versandt. In dieser Denkschrift werden die Ursachen und der Verlauf der Lohnbewegung geschildert, den unwahren Angaben der Unternehmer entgegen getreten und die von den Ausständigen aufgestellten Forderungen eingehend begründet. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird besonders durch die außerordentlich schlechten Gesundheitsverhältnisse im Steinmetzgewerbe begründet. Neben einem Auszug aus der Statistik der hiesigen Dris-Krankenkasse vom Jahre 1897/98, nach welchem von 875 Steinmetzen allein 85 an der Lunge erkrankt waren und wovon 36 starben, enthält die Denkschrift auch einen Bericht des Liegnitzer Gewerbeathes über die Gesundheitsverhältnisse der Steinmetzen bei der Firma Zeidler und Wimmel in Bunzlau. Nach diesem Bericht, der die Jahre 1895 und 1896 betrifft, sind im Jahre 1896 (1895 sind die Verhältnisse ziemlich dieselben) von 272 Steinmetzen 208 (76 pCt.), davon allein an Lungen und Kehlkopf 63 (30 pCt.) erkrankt. Das Durchschnittsalter aller Erkrankten betrug 23, das der Lungen- und Kehlkopfrancken 32 1/2 Jahre. Von diesen 63 Kranken starben 15 (24 pCt.). Das Durchschnittsalter der Gestorbenen betrug nicht ganz 36 1/4 Jahre. — Seitens der hiesigen Steinmetzen-Organisation wird bereits seit mehreren Jahren eine Enquete über die Lohn-, Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse mittelst einheitlicher Fragebogen veranstaltet, an der sich in den letzten Jahren 70 pCt. der gesammten in Berlin beschäftigten und 90 pCt. der bei den Innungsmeistern beschäftigten Steinmetzen beteiligt haben. Das Resultat dieser Enquete ist folgendes: „Das Durchschnittsalter der an der Statistik Beteiligten betrug 29 Jahre und 1 Monat. 80 pCt. davon stehen im Alter bis zu 35 Jahren und nur 20 pCt. haben das 35. Lebensjahr überschritten. Von den Kranken, die 33 pCt. ausmachten, waren allein 72 pCt. an den Athmungsorganen erkrankt, wovon 26 pCt. an der Schwindsucht verstarben. Die Erhebungen haben im weiteren ergeben, daß nur 17 pCt. ihre Berufstätigkeit mehr als 20 Jahre ausüben, und ferner ist festgestellt, daß nur sehr wenige, die das 40. Lebensjahr erreicht haben, dauernd als Steinmetz thätig sind; sie arbeiten oft nur infolge ihres Gesundheitszustandes vorübergehend einige Tage, um wieder als Mitglied in die Krankenkasse aufgen-

nommen zu werden, oder sie haben in einem anderen leichteren Berufe ein nothdürftiges Unterkommen gefunden.“ — Außerdem wird angeführt, daß der Gewerbeath Herr Dr. Sprenger-Berlin sich auf Grund der von ihm gemachten Erfahrungen dahin geäußert hat, daß die Arbeitszeit der Steinmetzen über acht Stunden nicht ausgedehnt werden dürfe und daß die Arbeitszeit infolge der Pausen möglichst auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt werden müsse, damit die Arbeiter an dem gesundheitschädlichen Arbeitsplatze nicht zu lange gebunden sind. — In der Denkschrift wird schließlich die Erwartung ausgesprochen, daß die in Betracht kommenden Steinmetzmeister von den Bauverwaltungen angewiesen werden, die minimalen Forderungen der Gesellen anzuerkennen und nur an solche Meister Arbeiten vergeben werden, welche die aufgestellten Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben eingeführt haben. Zum mindesten erwarten die Ausständigen, daß die Meister nicht noch in ihrem schroffen, keineswegs gerechtfertigten Vorgehen gegenüber den Gesellen durch Verlängerung der Lieferungsfristen unterstützt werden, zumal sie die von den Ausständigen angebahnten Einigungsverhandlungen ohne jedwede Ursache abgelehnt und den Friedensschluß unmöglich gemacht haben.

Breslau. Die Einigungsverhandlungen zwischen den freitenden Steinmetzen und den Unternehmern sind nicht zu Stande gekommen, da die Innung es abgelehnt hat, überhaupt vor dem Berliner Gewerbegericht in Verhandlung einzutreten. Dieser Schritt wird wie folgt begründet: Die Forderungen der Bunzlauer und Breslauer Steinmetzen, die sich auf genaue Einhaltung des Tarifs beziehen, sollen in Bunzlau weiter verhandelt werden, wo sie unter Vorbehalt des Bürgermeisters schon begonnen haben. Dabei soll auch die Frage des Tagelohnes, der von den Arbeitern nach Ablauf des Tarifs verlangt wird, erörtert werden. Die Forderungen der Berliner Kollegen will man überhaupt nicht berathen, da dieselben dem vereinbarten Tarif zuwiderlaufen und erst einige Monate vor Ablauf desselben berathen werden können. Diesem Verhalten der Innung ist es zuzuschreiben, wenn der Streik immer mehr in die Länge gezogen wird. — Die Lage des Steinmetzen-Streiks in Bunzlau ist nach wie vor die günstigste für die Arbeiter. Die Steinmetzen, die jetzt im Auslande sind, werden mit Hilfe ihrer in Arbeit stehenden Kollegen und der Arbeiterchaft Deutschlands den von den Arbeitgebern zur Nachfrage gestempelten Streik siegreich zu Ende führen. Arbeitswillige haben sich bis jetzt keine gefunden; weder aus den eigenen Reihen noch von fremd her. — In der öffentlichen Versammlung der Breslauer Steinmetzen vom Sonntag, den 13. August, gab Kollege Demort einen Situationsbericht. Er war in der Lage, zu erklären, daß der Gang des Ausstandes ein günstiger ist. Die Kollegen in Bunzlau, Berlin und Breslau halten fest zusammen, Arbeitswillige fanden sich nicht ein. Der Ausstand soll den Kollegen nach verschiedenen Hinsichten eine Verbesserung bringen. Die Platzverhältnisse erforderten nicht minder eine Besserung als die sonstigen streitigen Punkte. Die Arbeitsräume müssen gesündere werden. Alle diese für das Leben und die Gesundheit der Kollegen in Betracht kommenden Punkte müssen mit den Arbeitgebern verhandelt werden, damit auch einmal darin Wandel geschaffen werde.

Bunzlau. Der Stand des Streiks ist hier immer noch derselbe und als günstig für die Ausständigen zu bezeichnen. Arbeitswillige finden sich weder von auswärts noch aus den eigenen Reihen und das Hüßlein der im Ausstande befindlichen Steinmetzen wird mit jedem Tag, zum Verdruß der Herren, welche den Streik durch die Durchbrechungen des Tarifes herbeigeführt haben, immer kleiner, sogar die verheiratheten Kollegen ergreifen den Wanderstab und kehren Bunzlau den Rücken, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Forderungen gerecht und bei einem Kampfe auch Opfer gebracht werden müssen. So sehen wir, daß in einer geschulten Organisation, gleichviel ob die Kollegen jung oder alt, ein guter Geist herrscht und Selbige nicht im geringsten daran denken von ihren Forderungen zurückzutreten, um aldann zum Sklaven herabgedrückt zu werden. Geschieht dies in Berlin auch, so hoffen wir, daß der Sieg nicht fern ist.

Calbe a. d. Saale. Die Steinmetzen von Calbe und Schönebeck hatten sich am 12. d. M. zu einer Besprechung zusammen gefunden und verpflichteten sich, so lange der Ausstand Berlin-Bunzlau andauert, pro Woche 50 Pf. zu steuern. — Auch wurde einstimmig das Verhalten der Zahlstelle Magdeburg getadelt, da diese uns zumüthet das Porto zu tragen und Magdeburg doch die Rückziehung der Beiträge für sich allein beansprucht. Wir bezahlen für die zu klebende Beitragsmarke 40 Pf. und der Stundenlohn schwankt zwischen 28—35 Pf. Sollten die Magdeburger darauf beharren, müssen wir unsere Beiträge an eine andere Zahlstelle leisten. — Auch herrschen hier recht nette Zustände, denn Wochenlöhne von 9 bis 10,50 und Kost zahlt Meister Majacke bei 11 bis 12 stündiger Arbeitszeit, auch läßt die Behandlung viel zu wünschen übrig. Bei der letzten Entlassung gab Selbiger den Kollegen das Versprechen auf den Weg, den Verband zu unterrichten. Ein Mittagssmahl, bestehend aus Buttermilch und trockenem Brod, erlaubt sich der Meister seinen Gesellen vorzusetzen, und verlangt man die Ueberstunden bezahlt, da es bei ihm üblich ist, daß die Grabsteine nach Feierabend auf den Friedhof geschafft werden, so spricht er: dieses sei nur auf den Friedhof spazieren gegangen. — Ferner wäre es von Seiten der Behörde angebracht den Schlafraum, welcher mit dem Pferdebestall eng verbunden ist, in Augenschein zu nehmen. Der Herr Majacke glaubt, den bei ihm in Kost und Logis beschäftigten Steinmetzen noch Wohlthaten zu erweisen.

Coburg. Am 13. August fand unsere diesjährige General-Versammlung statt. Die Jahresabrechnung wurde vom Vertrauensmann verlesen. Die Revisoren erklärten die Abrechnung geprüft und für richtig befunden zu haben, worauf dem Vertrauensmann Decharge ertheilt wurde. — Da letzterer eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Hermann Brehler zum Vertrauensmann gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Jacob Schmukler, als Schriftführer Kollege Hermann Raitzel, als Revisoren die Kollegen Höder und Kellan, als Statistiker Kollege Adam Schmidt gewählt. Letzterer ermahnte die Kollegen recht zahlreich und gewissenhaft ihre Fragebogen auszufüllen. — Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an Hermann Brehler, Coburg, Kanonenweg 34.

Crimmitschau. In der am 30. Juli stattgefundenen Versammlung gab der Vertrauensmann die Abrechnung bekannt, welche von den Revisoren sowie von der Versammlung für richtig befunden wurde. Der Antrag den Vertrauensmann zu entlasten wurde einstimmig angenommen. — Eine lebhaft debattirte sich über das Verhalten

eines Kollegen, welcher soweit gefunken ist und Denunziant wurde. — Ferner liegen die Verbandsbücher der Kollegen Wilhelm Dähler, Merane; Joseph Paulie, Passau; Friedrich Schlunt, Raumburg noch hier, und bitte die Vertrauensleute den betreffenden Kollegen keine neuen auszustellen.

Frankfurt a. M. Am 15. August fand eine gut besuchte Steinmetzen-Versammlung statt. Ueber Unterstützungswesen erstattete seitens der Kommission Kollege H. Bericht. Darnach sollte die Krankenunterstützung geregelt und aus der örtlichen Kasse bewilligt werden. Nach einer lebhaften Debatte, die sich hauptsächlich darum drehte, daß wir dann, wenn wir in Krankheitsfällen eine Beihilfe leisten würden, den Charakter einer Kampfesorganisation verlieren, gelangte folgender Antrag des Vertrauensmannes C. Defert zur Annahme. Alle diejenigen Steinmetzen, die ein halbes Jahr der hiesigen Organisation angehört haben, und ihren Verpflichtungen der Organisation gegenüber nachgekommen sind, haben Anspruch auf Krankenunterstützung. Die Krankenunterstützung beträgt nach einer Dauer von 4 Wochen einmalig 5 Mark, bei 8 Wochen einmalig 8 Mark und bei 13 Wochen einmalig 10 Mark. Diese Unterstützung wird vorläufig auf ein halbes Jahr festgesetzt. Möge die Unterstützung dazu beitragen, daß die Kollegen fester und treuer noch als bisher zur Organisation halten. — Betreffs der 11 stündigen Arbeitszeit bei der Firma Schnellbach stellte es sich heraus, daß die Kollegen, etwa 25 an der Zahl, aus eigenem Antriebe und trotz der Abmachungen mit der Lohnkommission, die 11 stündige Arbeitszeit einführen. Auch trug viel dazu bei, daß die Kollegen die am Bau arbeiten, sich den sogenannten wilden Affordmaurern gleichstellten, und so elf Stunden wucherten, während sonst allgemein für Maurer in Frankfurt 10 stündige Arbeitszeit ist. Das Verhalten der Kollegen wurde in der Diskussion auf das Schärfste verurtheilt, und gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige gutbesuchte Versammlung der Steinmetzen Frankfurt a. M. ermahnt die Kollegen der Firma Schnellbach strikte an den Vereinbarungen, die seitens der Lohnkommission mit dieser Firma getroffen sind, festzuhalten, trotzdem vielleicht versucht wird von verschiedenen Seiten die getroffenen Vereinbarungen zu nichte zu machen. Sämtliche organisierte Kollegen werden sie dabei unterstützen.“ Die Versammlung beauftragt die Agitationskommission, sobald als möglich eine Platzbesprechung einzuberufen. — Unter Verschiedenem wurde noch mitgetheilt, daß in der am 19. August stattgefundenen Besprechung der Kollegen von der Werkstätte Schnellbach die Mittheilung gemacht ist, daß von nun an nur noch zehn Stunden gearbeitet werde. Auch gaben die Kollegen das Versprechen, sich von keiner Seite beeinflussen zu lassen und treu und einig zur Organisation zu halten. — Und nun Ihr Kollegen von Wertplatz Schnellbach, beherzigt, daß ein großes Werk nur gedeiht durch Einigkeit. Laßt alle persönlichen Streitigkeiten fallen, und ärgert und schimpft nicht gleich, wenn wirklich einmal ein Kollege 2 oder 3 Pf. mehr Stundenlohn hat. Vergeßt nicht, daß uns noch große Aufgaben bevorstehen, die alle Kräfte von uns fordern, damit endlich einmal die große soziale Frage ihrer Lösung durch die Arbeiterschaft näher gerückt wird. Gerade jetzt unter dem Zuchthauskurs müssen alle Steinmetzen sich die Hand reichen zur Einigkeit. Sei ein jeder Agitator, dann kann unsere Sache vorwärts gehen. Starke Gewerkschaftsorganisationen sind der sicherste Schutz gegen alle reaktionären Bestrebungen und gegen alle Angriffe seitens des Unternehmertums. Ob wenige wir sind oder viel, unser Streben ist ein edles Ziel.

Freiburg. Am 20. August fand hier eine gut besuchte öffentliche Steinmetzen-Versammlung statt. Die Versammlung beschloß am 27. August das 14. Stiftungsfest zu feiern, und die Kollegen der naheliegenden Orte brieflich einzuladen. — In Verschiedenem wurde scharf über drei Kollegen kritisiert, welche durch ihr Verhalten den Zusammenhalt der Organisation in jeder Weise zu schädigen suchen. Da aber unser jetziger Vertrauensmann Großes geleistet hat, halten wir fest zu diesem und lassen uns nicht durch Störenfriede beeinflussen. — Den Erfolg sehen wir an dem ständigen Anwachsen unserer Mitgliederzahl.

Hannover. In einer am 12. August abgehaltenen Versammlung wurde eingehend das Verhalten des früheren Kollegen, jetzt Polier, Peters Platz Kramer geschildert. — Im Laufe der Debatte kam die Handlungsweise, welche er den dortigen Kollegen angedeihen läßt, zur Sprache. Seiner Aeußerungen nach will er sich die Kollegen ganz und gar nach seiner Hand ziehen. Der Ex-Kollege scheint die Behandlung, welche ihm früher von den Unternehmern zu Theil geworden ist, vergessen zu haben, sonst würde er sich derartiger schmutziger Redensarten nicht bedienen. Es kam folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige öffentliche Steinmetzen-Versammlung spricht über die Handlungsweise dieses Herrn ihre tiefste Verachtung aus, und macht die organisierten Kollegen darauf aufmerksam, ihm die gebührende Achtung nicht zu verlagen, falls er wieder in die Lage käme den Knüttel zu ergreifen.“ — Betreffs der jetzigen großen Streiks, wurde der Antrag gestellt, mindestens alle vierzehn Tage Sammellisten zirkulieren zu lassen. Auch erklärten die Kollegen von Platz Plöger, wenn Streikarbeit vorkommen sollte, diese nicht auszuführen. — In Verschiedenem legte der Vertrauensmann die zweite Quartalsabrechnung vor, welche von den Revisoren geprüft und in Ordnung gefunden wurde, hierauf wurde dem Vertrauensmann Decharge ertheilt.

Am 16. August tagte wieder eine öffentliche Steinmetzen-Versammlung. Genosse Paul hielt einen Vortrag über das Innungswesen. Redner wußte die Unterschiede der „freien“ und der „Zwangsinnung“ klar und deutlich vorzubringen. — Es wird hier von den Meistern eine Zwangsinnung geplant und hierauf Bezugnehmend sind die erforderlichen Lehren durch den Vortrag völlig gegeben. Es haben auch schon die Gesellen eine Einladung zwecks Wahl eines Gesellen-Ausschusses erhalten. — Da unser Vertrauensmann jetzt in einer anderen Branche thätig ist, sollte an seiner Stelle ein anderer gewählt werden, da sich aber niemand fand, der das Amt übernehmen wollte, bezieht er auf allgemeinen Wunsch dasselbe vorläufig. — Die Markenausgabe für Reiseunterstützung wurde dahin geregelt, daß auf Platz Kramer in der Südstadt, und Platz Gebhardt Herrenhausen Marken ausgegeben werden und das Verbandsgefchenk vom Kollegen Brand, Platz Werner, ausbezahlt wird.

Hamburg II. Am 15. August tagte hier eine gut besuchte Versammlung der Marmor- und Granitarbeiter. Kollege H. sprach über Lohn und Afford. — Der Vertrauensmann suchte in längeren Ausführungen die Wahl einer Tarifkommission zu begründen, indem er die Mißstände

dem Streik, Gebrauch gemacht zu haben, und verpflichtet wir uns dieselben nach Kräften moralisch und finanziell zu unterstützen.“ — In Verschiedenem wurden noch einige Mißstände auf einem hiesigen Werkplatze zur Sprache gebracht, die Verhandlungen hierüber infolge der Polizeistunde aber nicht zu Ende geführt.

Karlsruhe. Am 30. Juli hielt die Agitationskommission von Karlsruhe in Gaggenau im Murgthal die vierte, gut besuchte öffentliche Steinarbeiter-Versammlung ab. — Kollege Kraft-Mannheim schilderte der Versammlung die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in früheren Zeiten, ging sodann auf die immer größer werdende Ausbeutung des Kapitals über und wies nach, daß es nur eine Rettung gäbe und zwar eine einige, geschlossene Organisation. Er forderte die anwesenden Kollegen auf, der Organisation der Steinarbeiter beizutreten. — Wir gingen dann zur Gründung einer Zahlstelle über. Die Versammlung einigte sich, die erste Zahlstelle nach Kuppenheim zu legen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Jos. Krell gewählt. — In Verschiedenem versprachen uns die Kollegen von Hördin und Sellbach, dahin zu wirken, daß wir in 2—3 Wochen auch bei ihnen eine Zahlstelle gründen können. — Kollegen von Kuppenheim! Ihr habt die Zahlstelle übernommen, und damit auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß sich die Zahlstelle mehr und mehr ausdehnt und vergrößert. — An die anderen Kollegen aber richten wir die Mahnung, den Vertrauensmann in allen Sachen thätigst zu unterstützen. Das könnt ihr am besten, wenn ihr eine thätige Agitation entfaltet. Eure Parole muß sein: „Die Zahl der jetzt im Murgthal organisierten Kollegen, welche 32 beträgt, muß sich bis zur nächsten Versammlung verdoppelt haben.“ — Darum auf an die Arbeit! Ein jeder thue seine Pflicht! Ein jeder muß auf seinem Posten sein!

Wien. In der am 8. August abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Steinarbeiter erstattete die Lohnkommission Bericht über den Verlauf des Ausstandes bei der Marmorfirma Wings u. Söten. Sie theilte mit, daß die einzige noch unbetheiligte Großfirma jetzt der Meister-Vereinigung beigetreten sei, da es der Konvention gelungen sei, der Firma der Bezug von Rohmaterial abzuschneiden. Da diese Firma nun auch den von der Konvention ausgearbeiteten Akkordtarif einführen müsse, so würde es bei etwaiger Stellungnahme zu einem Generalsstreik kommen. Es wurde der Antrag angenommen, die Sperre über die Firmen Wings u. Söten und Paul Vojtek aufzuheben und zur Aufbesserung des Akkordtarifs auf den einzelnen Werkplätzen vorstellig zu werden. Die Schuld an dieser Niederlage sei auf das Konto der indifferenten Kollegen zu schreiben, die uns feig im Kampf verlassen hätten, statt Mann für Mann gegen den Terrorismus der Unternehmer Front zu machen.

Leipzig. Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung tagte hier am 26. Juli. Der Vertrauensmann gab bekannt, daß das Sommerfest einen Ueberfluß von 82,90 Mk. erzielt hat. — Betreffs Marmorarbeiter entspann sich eine lebhafteste Debatte. — Man hatte in vorletzter Versammlung vorgeschlagen, daß sich die Marmorarbeiter in eigener Sektion organisieren und sich der Organisation deutscher Steinarbeiter anschließen. — Da dieses zu Meinungsverschiedenheiten führte, wurde beschlossen, daß der Vertrauensmann, unter Hinzuziehung einiger Steinmehrer, eine Marmorarbeiter-Versammlung abhält, damit der Punkt so schnell wie möglich erledigt wird. — Unter Generalschifflichem verlas der Vertrauensmann den Aufruf der Geschäftsleitung, der den Kollegen bereits bekannt sein wird. Es wurde beschlossen 100 Mk. sofort, und jede folgende Woche 1 1/2 pCt. des Verdienstes an die Geschäftsleitung als Streikunterstützung zu schicken. — Ein Kollege verlas hierauf einen Artikel aus dem Unternehmerblatt, der „Deutsche Steinbildhauer“. Wie von einem Unternehmerblatt nicht besser zu erwarten ist, wurde auch hier die ganze Schuld auf die Steinarbeiter geschoben.

Leipzig II. Einem längst gefühlten Bedürfnis, dem jedoch verschiedene Widerwärtigkeiten bis dato entgegenstanden, ist nun in Leipzig Rechnung getragen worden. Die Marmorarbeiter daselbst hielten eine durch den Vertrauensmann der Steinmehrer einberufene, über alles Erwarten fast vollständig besuchte Versammlung ab. Der Geist, der die Versammlung besetzte, war ein derartig guter, daß folgende Beschlüsse fast alle einstimmig angenommen wurden: Die Marmorarbeiter Leipzigs gründen eine Sektion der Marmorarbeiter von Leipzig und Umgegend, wählen ihren Vertrauensmann sowie dessen Stellvertreter und beschließen, 1 1/2 pCt. Steuern vom verdienten Wochenlohn zu erheben, und zwar vom Sonnabend, den 5. August ab. Bezüglich des Fachblattes, „Der Steinarbeiter“, kam eine Verständigung mit dem Vertrauensmann der Steinmehrer zu Stande, nach der der Bezug desselben von seiner Seite aus vorläufig mit geregelt wird. Nachdem noch der „Römische Hof“ als Versammlungslokal gewählt war und von den Anwesenden der Wunsch laut wurde, die nächste Versammlung in Kürze einzuberufen, um noch mehr Klarheit und Ueberblicklichkeit zu gewinnen, schloß die Versammlung. Der jungen Organisation ist ein recht kräftiges und frisches Gedeihen zu wünschen. — Alle Anfragen und Sendungen sind an den Vertrauensmann Albert Straube, Leipzig-Gohlis, Kanalstraße 4 I, zu richten.

Mannheim. Am 20. Juli tagte eine öffentliche, gut besuchte Steinhauer-Versammlung. Ein hiesiger Arzt hielt einen interessanten Vortrag über Lungenschwindsucht. — Er erklärte, daß die Lungenschwindsucht zur Völkervermehrung geworden sei und daß in Deutschland 1/3 an der Lungenschwindsucht sterben, was durch statistische Erhebungen seitens der Aerzte bewiesen worden. Bei den verschiedenen Verufen, hauptsächlich bei denjenigen, welche schädliches Material verarbeiten, oder viel Staub abwerfen, sterben von 1000 Mann ca. 400 an der Lungenschwindsucht. In unserer Branche tritt die Krankheit am stärksten auf, jedoch von 1000 Personen, welche schädliches Material verarbeiten, 403 Personen sterben. Diesem Uebelstande könne am besten Einhalt gethan werden durch mehr Lohn und dadurch bessere Lebensbedingungen, kürzere Arbeitszeit und eine regelmäßige Lebensweise. — Der 1 1/2 stündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

— Am 2. August tagte ebenfalls eine gut besuchte Steinhauer-Versammlung. Vom Vertrauensmann wurde die Quartals-Abrechnung verlesen. Einnahme 408,48 Mk., Ausgabe 193,16 Mk., Kassenbestand am 1. Juli 1899 215,32 Mk. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Vertrauensmann Decharge erteilt. — In Nr. 27 des „Steinarbeiter“ haben wir die Zustände am Rajernbau in Mannheim genau den Thatfachen gemäß dargestellt und so sind wir jetzt in der Lage, den Kollegen Deutschlands weiteres zu berichten. Sämtliche

Steinarbeiter waren genöthigt, behufs schlechter Behandlung und Hungerlöhne die Arbeit niederzulegen, es ist uns auch allen gelungen, anderwärts Arbeit zu erhalten, jedoch 10 Arbeitswillige fanden sich nicht bereit, sich mit uns solidarisch zu erklären und arbeiten gegen unsere Interessen weiter. Wenn nun Herr Schmitt glaubt, mit diesen 10 Mann die Arbeit fertig zu stellen, so soll es uns Recht sein. Hoffentlich wird Herr Schmitt eine Lehre daraus ziehen und für fernere Zeiten eine menschenwürdigeren Behandlung eintreten lassen, und nicht die Arbeiter, wenn sie bei ihm vorstellig werden, als Hezer bezeichnen und Feierabend geben. Die Sperre bleibt deshalb bestehen, damit auch dieser Herr zur Einsicht kommt.

München. Den Kollegen zur Nachricht, daß hier zur Zeit wenig Aussicht auf Arbeit vorhanden ist. Es wird zwar das Rathhaus ausgebaut und dies lockt schon manchen Kollegen hierher, stets aber müßten sie enttäuscht abziehen, da erstens eine lange Bauzeit vorliegt und zweitens ein großer Theil der Arbeiten in Kehlheim, wo ja bekanntlich erbärmliche Löhne bezahlt werden, gefertigt werden. — Hier ist zur Zeit noch eine große Anzahl von verheiratheten Kollegen arbeitslos. Die Ursache ist darin zu suchen, daß das profitgierige und nimmermüde Unternehmertum ihre Arbeiten von den Arbeits-Sklaven der Bruchgebiete fertigen lassen, in Folge dessen München immer mehr und mehr zu einer Reparatur-Werkstatt sich erniedrigte.

Neubrunn. Am 1. August fand eine gut besuchte Versammlung statt. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde verlesen, von den Revisoren geprüft und für richtig befunden und dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Dann wurde der Aufruf der Steinarbeiter von Schleien verlesen. Bei der Debatte wurde auf die Wichtigkeit dieses Streiks, sowie auf die Pflichterfüllung eines jeden Kollegen am 21. hingewiesen. Es wurde beschlossen eine Extrasteuer von 0,25 Mk., pro Mann jede Woche, so lange der Streik dauert, zu zahlen.

Posen. Am 31. Juli legten sämtliche Steinmehrer der Firm Vöttger in Posen-Wilda die Arbeit nieder, weil ihnen eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde verweigert wurde, obwohl durch die geforderten 5 Pf. erst die Gleichheit in den hiesigen Vaugeschäften hergestellt wäre. Es ist dies dieselbe Firma, welche vor einigen Wochen fortwährend Steinmehrer im „Steinarbeiter“ suchte, aber keine Arbeitsbedingungen angab. Zur Aufklärung sei bemerkt, daß in dem Geschäft selten richtiger Sandstein verarbeitet wird, sondern ein Mischmasch von Zement, Kalk und Sand. Der Stein führt den stolzen Namen „Posener Sandstein“. Der Erfinder desselben, ein Herr Professor Binder, Lehrer an der hiesigen Vaugewerkschule, hat natürlich Interesse daran, daß der Stein eine große Verbreitung findet, da er zugleich stücker Theilhaber ist. Der Stein erfordert die Hälfte der Arbeitszeit wie der Bunzlauer, die Folge davon ist, daß er den andern Geschäften eine gefährliche Konkurrenz bietet welche zuletzt aber auf die dort beschäftigten Steinmehrer zurückfällt. — Darum Kollegen Deutschlandsorget dafür, daß kein Mann hierher kommt, damit auch wir in der Lage sind ein festes Bollwerk gegen das verneintem Unternehmertum aufzuführen. Denn gerade in den Provinzen Schleien, Posen, Ost- und Westpreußen sind unsere Verhältnisse die denkbar traurigsten, und Stundenlöhne von 20 Pf. sind keine Seltenheit. Die Mehrzahl der ledigen Kollegen ist bereits abgereist. — Um den Kollegen zu zeigen, wie hier alles gegen uns arbeitet, sei noch folgendes erwähnt: Ein kranker Kollege, dessen Lebensstage beinahe gezählt sind, ging zum Arzt um sich untersuchen zu lassen. Der Arzt jedoch, recht menschenfreundlich, erwiderte ihm: es habe ja doch keinen Zweck, denn wenn er wirklich krank ist, so könne er nicht krankgeschrieben werden weil er mit den Streikenden sich solidarisch erklärt habe. — Jedes weitere Wort hierzu ist überflüssig.

Böhmisch i. Thür. Wir sind gezwungen, da uns der vereinbarte Arbeitslohn gekürzt worden ist und stets weniger wird, die Arbeit niederzulegen und über das Geißler'sche Steinmehrgeschäft die Sperre zu verhängen. Gestern Abend kostete ein Stück 14 Mk. Arbeitslohn; heute kostet es bloß noch 10 Mk. Auf Befragen woher dies komme, erhielten wir den Bescheid: „Wer es nicht machen kann bezw. will, soll Nachmittag seine Arbeit einschreiben lassen und kann gehen. Mehr giebt es nicht.“ Die Kollegen sind einig, nicht eher die Arbeit aufzunehmen bis der vereinbarte Preis bezahlt wird und überhaupt, da hier wilder Akkord ist, nicht eher ein Stück zu machen, bis der Preis bekannt ist. Die Kollegen erhalten voraussichtlich in 2—3 Tagen an einem hiesigen Willabau Arbeit. — Am Schluß der Redaktion erhielten wir die Nachricht, daß zu Gunsten der Ausständigen die Angelegenheit geregelt ist.

Ruhmannsfelden. Am 30. Juli tagte hier eine öffentliche sehr gut besuchte Steinarbeiter-Versammlung, darunter auch Meister. — Kollege Oswald-München referirte über den „Zweck und Nutzen der Organisation der Steinarbeiter Deutschlands.“ — Referent besprach die Verhältnisse im 14. Jahrhundert in unserem Gewerbe, kam dann auf den allgemeinen wirtschaftlichen Umschwung, der auch bei dem Steinmehrgewerbe die Meister wie Pilze aus der Erde schießen ließ, wie das Lehrlingswesen immer größer, und wie die Fachvereine gegründet wurden, die uns in wirtschaftlicher Beziehung aufklärten, um schließlich auf unsere heutige Organisation einzugehen, mit der wir sehr zufrieden sein können. — Er erläuterte die Zuchtlausvorange und deren Folgen für die Arbeiterschaft in sehr klarer Weise. Kam dann auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie den Krankheiten unserer Branche zu sprechen, führte namentlich die Aussprüche berühmter Aerzte und Professoren auf dem Tuberkulosekongreß an, ebenso die Aufstellung des Dr. Sommerfeld in Berlin, und daß wir durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unsere Lage verbessern können diese aber nur durch eine gute Organisation erreichen. Referent kritisirte in sehr scharfer Weise das heutige Submissionswesen, wie sich die Meister gegenseitig anterbieten, desto einiger aber sind sie bei der Ausbeutung der Kollegen, das sieht man an die heutigen Unternehmerverbände Trufts und Ringe. Referent besprach dann die Zustände in Ruhmannsfelden und Umgegend, betonte in scharfer Weise, daß gerade durch das hier noch immer herrschende Blaumachen und der Nichterhaltung der festgesetzten Arbeitszeit die Kollegen den Schaden haben, das muß mit der Organisation aufgehört, dann kann man vor die Unternehmer treten und Forderungen stellen. Er erläuterte dann noch die heutige Organisation und deren Handhabung, was durch dieselbe gegeben wird, und forderte in einem Schlußworte die Kollegen auf, nicht nur in halber Weise, sondern voll und ganz zur Organisation zu stehen, dann werden in kurzer Zeit in Ruhmannsfelden bessere Zustände eintreten. — Nachstehende Resolution wurde angenommen: „Die am

30. Juli in Ruhmannsfelden tagende öffentliche, von ca. 120 Kollegen besuchte Steinarbeiter-Versammlung, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, und erachtet es als ihre Pflicht nicht eher zu ruhen, bis Mann für Mann der Organisation beigetreten ist, um bessere Verhältnisse zu schaffen, und diese, sowie die Organisation hochzuhalten.“ — 85 Kollegen traten sofort der Organisation bei. — Kollege Kaver Reitmeyer senior wurde als erster und Max Fischer als zweiter Vertrauensmann, zu Revisoren die Kollegen Vernebecher und Bergbauer gewählt.

Schwarzenbach a. S. In der am 30. Juli stattgefundenen Steinarbeiter-Versammlung, welche gut besucht war, gab Vertrauensmann Rathel Bericht über Einnahmen und Ausgaben für das zweite Quartal. Kasse und Bücher wurden von Revisoren geprüft und in Ordnung gefunden. — Von den auswärtigen Streikangelegenheiten kam vorerst Berlin und Bunzlau zur Besprechung. Es wurde beschlossen, so lange obengenannter Ausstand dauert, extra Unterstützungsbeiträge zu erheben und zwar 25 Pf. die Woche pro Mitglied. — Auch wurden für die Ausgesperrten in Dänemark 50 Mark aus der Vereinstafel bewilligt. — Zum Schluß wurde das Verhalten des Steinschleifers Wunschmeyer gerügt, dieser ist vor ungefähr drei Monaten ohne jegliche Veranlassung aus dem hiesigen Geschäft getreten. Nach ungefähr 6 wöchentlicher Abwesenheit (er arbeitete in Gölln b. Weizen) traf er wieder hier ein und wurde wieder auf Bitten und Betteln eingestellt. Seit dieser Zeit erklärte er seinen Austritt aus der Organisation, von der er nichts mehr wissen will. Der Verlust dieses Kollegen ist nicht schlimm, er wird jedem von uns vom Vorjahre noch in Erinnerung geblieben sein.

Straßburg i. E. In welcher Achtung diejenigen Herren, welche bei etwaigen Ausständen dem Unternehmertum Handlangerdienste reichen stehen, mag aus folgendem hervorgehen. Beim Steinhauer-Ausstand vor 2 Jahren in Straßburg, mußte die Firma Walz u. Kirchnerbauer den Steinhauer Reiz mittelst klingender Münze herumzutreiben nach der Pfalz zu reisen, um von dort Streifschreiber heranzulocken. Dieses gelang! Als wir jedoch die Kollegen aufgefickt, fingen Selbstige doch nicht an zu arbeiten und Herr Reiz mußte später ebenfalls den Wanderstab ergreifen, denn auch die Arbeitgeber mußten seine Handlungsweise zu würdigen, trotz der geleisteten Dienste. Er kam nach Bern, doch seine Thaten blieben nicht verschwiegen und so ging es von Ort zu Ort bis er endlich in München sich niederließ und seit einem Jahr den Polier bei der Firma Holzmann und Comp. macht, in wie weit er dort als „tüchtiger“ Polier fungiert, werden die Münchener Kollegen am besten wissen.

Striegau. Am 29. Juli fand hier eine gut besuchte öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt, in welcher unser Geschäftsleiter, Kollege P. Mitschke-Berlin, über den Steinarbeiterstreik in Schleien und Berlin referirte. Redner zeigte an verschiedenen Beispielen, daß die Kämpfe, welche die organisierte Arbeiterkraft mit dem Unternehmertum auszufechten hat, in den letzten Jahren immer hartnäckiger geworden sind. Auf die Streiks übergehend, führte er den Kollegen die Gründe und Ursachen vor, welche die Kollegen von Bunzlau und Berlin gezwungen haben, die Arbeit niederzulegen. Der Referent gedachte im weiteren mit wenigen Worten des Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose, wo recht schöne Reden gehalten wurden, die aber den Arbeitern wenig Nützliches brachten. — Kollege Mitschke beleuchtete dann die Zustände im Striegauer Distrikt. Es war ihm ein Leichtes, nachzuweisen, daß hier noch sehr viel von den Kollegen gethan werden muß, um die Organisation auf die Höhe zu bringen, auf der sie stehen sollte. — Nachdem der Vertrauensmann die Abrechnung verlesen und die Platzvertreter aufgefordert hatte, sich besser an den Platzvertreter-Sitzungen zu beteiligen, ernannte Referent die Kollegen der Firma Gulmick sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, damit sie im Stande sind, die gestellten Forderungen durchzudrücken. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heut den 29. Juli 1899 in der Bierquelle zu Gräben von ca. 400 Personen besuchte Steinarbeiter-Versammlung erklärt, ihre volle Sympathie den ausständigen Steinarbeitern entgegen zu bringen. Die Versammelten halten es für ihre Pflicht, nicht allein die kämpfenden Kollegen moralisch, sondern auch nach besten Kräften finanziell zu unterstützen.“

Weslar. Die am 6. August stattgefundenen öffentliche Steinarbeiter-Versammlung war gut besucht. — Der Vortrag von Kollege Häusler-Frankfurt, über die früheren Gewerkschaftsbewegungen und der jetzigen Organisation fand lebhaften Beifall. — Hierauf fand die Wahl eines Vertrauensmannes und der sonst erforderlichen Personen statt.

Zwickau. In einer zahlreich besuchten Steinarbeiter-Versammlung wurden die Verhältnisse auf Werkplatz Mehlhorn einer herben Kritik unterzogen, sowie das Verhalten des Meisters den Gefellen gegenüber. Auf diesem Platz ist fast fortwährend eine förmliche Wagenburg aufgestellt, so daß beim Aufstehen die Gesundheit der Steinarbeiter oft in Gefahr ist. Ist der Geselle mit seinem Stück fertig, so kann er oft, wenn die Arbeit nicht drängt, 1 Stunde auch noch länger warten. Bei den im Tagelohn stehenden (2 Mann) ist dieses aber nicht der Fall, diese können nicht genug arbeiten. Wir möchten die zureisenden Kollegen vor diesem Platz warnen. Wer es nicht glaubt, der gehe selbst hin. — Es wurde weiter beschlossen, auf den von der Geschäftsleitung herausgegebenen Listen pro Mann und Woche 20 Pf. zu zeichnen. Vorläufig können die Leute nicht mehr leisten, da hier am Ort der Maurerstreik noch fortdauert und wir gezwungen sind, diese auch finanziell zu unterstützen. — Weiter wurde von allen Rednern bedauert, daß noch keine Abrechnung von der Geschäftsleitung herausgegeben worden ist. Sollte Letztere mit Arbeit überhäuft sein, so sollte man wenigstens im „Steinarbeiter“ die Kollegen davon unterrichten. — Desgleichen ist noch keine Statistik vom Jahre 1897/98 herausgegeben worden. Deswegen fragen die Zwickauer Kollegen an, ob die Kontrollkommission und die Centralleitung noch ihres Amtes walten. Wir wünschen, daß in dieser Beziehung etwas Remedour geschaffen wird.

— Am 9. August tagte hier im Belvedere eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung, welche sich mit der Maßregelung eines Kollegen auf Mehlhornplatz beschäftigte. Von einer Einstellung der Arbeit wurde abgerathen und beschlossen, lieber diesen einen Kollegen mit 15 Mk. pro Woche zu unterstützen. Es wurde deswegen beschlossen, die Sperre über diesen Platz zu verhängen mit der Motivierung, daß die Kollegen, welche noch dort sind, weiter arbeiten und Remedour zu schaffen haben. — Die zureisenden Kollegen werden deshalb ersucht, diesen Platz zu meiden, damit wir den Herren einmal beweisen können, daß auch wir eine Macht besitzen.

Ein vernünftiges Urtheil über sozialdemokratische Arbeiter fällt kürzlich in einer national-liberalen Landtagswähler-Versammlung zu Breslau, einer der ersten Großunternehmer, Kommerzienrath Molinari. Er warnte davor, sich durch das Wort kopfscheu machen zu lassen. Seine Arbeiter seien durchweg Sozialdemokraten, er kenne sie aber fast Alle als brave und arbeitssame Menschen. — Wenn man dagegen unsere kapitalistische Presse hört, müßte man annehmen, die sozialdemokratischen Arbeiter wären in der Seele verdorben und zu jeder Schlechtigkeit fähig. Sie mögen mit dem Kopf schütteln, wenn sie den legerisch-ehrlichen Ausspruch des Breslauer Kapitalisten hören. Wenn sie unter sich sind, geben auch die hiesigen Fabrikanten zu, daß sie an den überzeugten Sozialdemokraten die besten und zuverlässigsten Arbeiter haben.

Ein Geistlicher — Sozialdemokrat. Die „Drontheimer Dagsposten“, das größte Blatt der Stadt, bringt einen Artikel von Pastor Seiberg, worin derselbe seinen Anschluß an die Sozialdemokratie erklärt, da die kapitalistische Ausbeutung abgeschafft werden müßte. Die vereinigten und kampfbereiten Kapitalisten der ganzen Welt führten einen Kampf gegen die arbeitenden Klassen, wobei sie sich auf die Gesetzgebung, die Polizei und das Militär stützen könnten. Die letzte Ursache zu diesem offenen Auftreten des Geistlichen ist das Verfahren der dänischen Arbeitgeber in der großen Arbeiteraussperrung.

Ein amerikanisches Urtheil über den Werth der Arbeiterorganisationen. In der letzten kürzlich herausgegebenen Nummer der amtlichen Veröffentlichungen der Vereinigten Staaten über Arbeitsverhältnisse (nach dem Muster der englischen „Labour Gazette“) wird auch von den Gewerkschaften gesprochen. Die Darstellung der Lohnvereinbarungen in verschiedenen Berufszweigen wird in folgendem Satze zusammengefaßt, den in unserem heutigen Reichsamt des Innern wohl Niemand niederzuschreiben wagen würde:

„Diejenigen Industrien sind am meisten befreit von Streitigkeiten und den daraus folgenden zeitweiligen Betriebsunterbrechungen, in denen sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer so kräftig organisiert sind, daß sie wie zwei verantwortliche Parteien in gemeinsamem Vertrag Löhne und Arbeitszeit auf längere Dauer regeln können.“

Bei uns heißt es gerade umgekehrt, daß ohne Organisationen eitel Frieden herrschen müßte, und daß daher die Organisation nicht zu fördern, sondern zu unterbinden sei.

Bei uns zu Lande sollen durch das Ausnahmegesetz die Gewerkschaften vernichtet werden.

Wann ist ein Agitator berechtigt, „besoldet“ zu sein? Der Vorwurf, „besoldeter Agitator“ zu sein, wird häufig gegen die Personen geschleudert, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, die Sache der Arbeiter zu führen. Nun wurde vor kurzem im Reichstage derselbe Vorwurf auch gegen die Personen erhoben, die, wie der Generalsekretär des Zentralverbandes der deutschen Industriellen, Herr Buef, im Solde der Organisation stehen. Dieser ist sehr böse, daß er mit den besoldeten Agitatoren der Sozialdemokratie in eine Linie gestellt wurde. Er meint in einer Schrift: „Wer diese Hilfsarbeit zu seiner Lebensaufgabe macht, hat ein Anrecht auf Gegenleistung für seine Arbeit, gleichviel, ob er sie dem Staate oder einer privaten Interessengemeinschaft leistet, und ich meine, diese Arbeit ist ebenso ehrenwerth wie jede andere. Dadurch, daß der Freiherr von Seyl meine Kollegen und mich ausdrücklich als „bezahlte Angestellte“ bezeichnet, will er uns unverkennbar in der öffentlichen Meinung herabsetzen; das scheint mir nicht der Ausfluß adeliger Gesinnung zu sein, wie sie einem Freiherrn wohl anstünde.“ Also ein Agitator darf „besoldet“ sein, ohne daß ihm daraus ein Vorwurf gemacht werden kann, wenn er für die Betriebsunternehmer gegen die Arbeiter agitirt. Wenn er aber für die Arbeiter agitirt, dann begründet seine Besoldung einen entehrenden Vorwurf. Das ist ganz im Sinne der Rechtslehre, daß wenn zwei dasselbe thun, es nicht dasselbe ist.

Was ist notwendig, um die Tuberkulose zu bekämpfen? Herr Dr. Steinthal schreibt in den sonst reaktionären „Grenzboten“ in seinem Urtheil über den Tuberkulose-Kongreß und besonders zu der obigen Frage folgendes:

„Zu den sozialpolitischen Maßnahmen, die die Vernichtung der Tuberkulose bewirken sollen, gehöre in erster Linie eine Verbilligung aller notwendigen Lebensmittel, insbesondere des Fleisches und der Fette, d. h. eine Aufhebung aller Zölle, die auf die Einführung gelegt sind. Ferner müßte der Staat und das Gesetz verhindern, daß leistungsfähige Unternehmer, insbesondere Aktiengesellschaften, von einer bestimmten Höhe der Dividende ab verheirathete Arbeiter zu Löhnen anstellen, womit eine Familie nicht ernährt werden kann. Ein Staat, der sich gesetzliche Mittel verschafft hat, um Industrien vor dem Untergange zu bewahren (Zuckerfabriken, Brennereien), braucht auch den Weg der Gesetzgebung nicht zu scheuen, wenn es sich darum handelt, Hunderttausende von Ar-

beitern vor Ausbeutung zu schützen und ihren Familien die Gesundheit zu erhalten.“ Natürlich werden die von Dr. Steinthal angeregten notwendigen Maßnahmen fromme Wünsche bleiben. Der Staat braucht Geld zu Kanonen, Gewehren, Kasernen, hohen Gehältern, Pensionen etc., und daher fällt es ihm garnicht ein, die Quelle der indirekten Steuern, aus der diese Mittel fließen, zu verstopfen, und den Unternehmern und Aktionären dürftig nach immer höheren Dividenden, da giebt es überhaupt keine Grenzen nach oben. Herr Dr. Steinthal kennt eben seine Pappenheimer sehr schlecht, wenn er von ihnen erwartet, daß sie auch noch Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter nehmen sollen.

Ein glückliches Land. Aus Luxemburg wird geschrieben: Man weiß hier nicht mehr, was man mit dem vielen in der Staatskasse zusammenströmenden Gelde anfangen soll. Um aufzuräumen, hat die Kammer unter Zustimmung der Regierung beschlossen, einen Betrag von Frs. 300 000 unter die Gemeinden zu vertheilen, und zwar die eine Hälfte nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer, die andere Hälfte im Verhältnis zur Ziffer der Gemeindesteuern. Die Regierung wird mit weiteren Aufräumungsvorschlägen folgen. Auf diesem Wege wird es bei einigem guten Willen hoffentlich gelingen, die Verlegenheit des Ueberflusses wenigstens theilweise loszuwerden.

Ein Magedlied das erheitert wirkt. Der „Gewerksverein“ brachte kürzlich folgende Notiz: „In Radeberg haben wir uns seit Jahren bemüht, ein Gewerbegericht zu bekommen. Kollege H. Klein-Berlin hat zweimal in Radeberg für die Errichtung eines Gewerbegerichts Vorträge gehalten und hatte das zweite Mal auch mehrere Vertreter der städtischen Behörden unter seinen Zuhörern, die dann auch die Einführung eines Gewerbegerichts in Aussicht stellten. Bald darauf wurden auch die Wahlen ausgeschrieben, und haben dieselben nunmehr auch stattgefunden. Leider haben wir nicht einen einzigen Kandidaten durchgebracht. Wir haben das Nest gebaut und die Sozialdemokraten setzten sich hinein. Die Sozialdemokratie siegte mit 257 Stimmen gegen 208 Stimmen auf unserer Seite. Die liberale Berliner Stadtverordneten-Versammlung wählte einen Sozialdemokraten in die Schuldeputation und lehnte, als die Bestätigung versagt wurde, eine anderweitige Wahl ab, da aber, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, kommt kein Andersdenkender auf. In Radeberg hat sich dies wieder deutlich gezeigt, und gerade hier hätte die Sozialdemokratie doch alle Ursache gehabt, einige Liberalität zu beweisen.“

o Schmerz laß nach!

Quittung

über die vom 6. bis 19. August 1899 bei der Geschäftsleitung eingelaufenen Gelder.

Häslcht 60,—; Rostock 40,—; Leipzig 141,25; München 89,55; Freiburg i. B. 60,—; Budapest 85,18; Riesa 116,40; Hamburg I 70,50; Riesa 58,20; Greiz 10,—; Stettin 15,60; Coblenz 20,30; Bremen 27,85; Striegau 535,20; Gewerkschaftsstartell Striegau 10,—; rothe Kindtaufe Hohenau 7,26; Kiel 10,—; Dierholz 17,—; Waldkirch 5,—; Karlsruhe 19,35; Berlin II 37,05; St. Gallen 12,30; Burgpreppach 75,25; Frankfurt a. D. 10,—; Wiesbaden 110,—; Bruchmühl 30,—; Halle 40,—; Wolgast 6,50; Blaubeurg 100,—; Wandersleben 34,25; Effen 60,—; Kaiserslautern 32,—; Knittlingen 110,60; Berlin II 30,—; Torges, Berlin 3,90; Mainz 36,10; Schwarzenberg i. S. 4,50; Strahburg i. El. 50,—; Zittau 12,10; Wandersleben 4,—; Malschburg 10,—; Mehle-Osterwald 90,—; Dresden 300,—; Floß 6,70; Erfurt 75,—; Mühlhausen i. Th. 14,20; Bayreuth 10,—; Leipzig 147,50; Mittweida 14,50; Osnaabrück 20,—; Tschirnitz 20,—; Weklar 11,75; Rödnitz 13,55; Wechselburg 50,—; Pirna 20,—; Dresden 300,—; Lutter a. P. 11,—; Neischkau 18,—; Meißen 81,95; Hamburg I 58,—; Mühlhüsen i. Th. 11,—; Gröba 27,70; Coblenz 20,30; Lübeck 16,—; Strehlen 14,70; Tarnowitz 9,50; Frankfurt a. D., Regierungs-Neubau 23,95; Blaubeurg 30,—; München 29,—; Sulzfeld 20,—; Neundorf-Pirna 50,—; Hildesheim 100,—; Rürnbach 70,30; Hohenau-Neudorf 100,—; Schwarzenbach 252,68; Frankfurt a. M. 68,35; Tröstau 392,—; Weikenstadt 80,—; Berlin II 34,15; Strahburg i. El. 50,—; Deutmannsdorf 15,25; Cuxhaven 2,05; Rue 6,10 Mart.

Material (rothe Marken) sandten zurück: Striegau Werth 65,—; Knittlingen 23,40; Grötschenreuth 61,85; Pirna 240,—; Meißen 20,— (Deckel 0,90); Weklar 12,20 Mt.

Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands.
S. B.: Carl Hirtmann.

Quittung

über die bei der Expedition des „Steinarbeiter“ eingelaufenen Gelder für die Zeit vom 2.—17. August 1899.

Fechenheim 8,—; Tschhoe 1,80; Wittenberge, Jns. 3,—; Proschwitz 3,62; Arnstadt i. Th. 1,20; Kalbe 0,90; Freiburg i. Bad. 21,—; Sohland 2,20; Dresden, Patent „Minerva“ 1,—; Stettin 1,60; Berlin, Lukas 0,90; Waldkirch 2,40; Bruchmühl 10,80; Effen, Wesel 4,60; Kaiserslautern 15,—; Rudolstadt 1,20; Berlin, Schmig 0,90; Weucha 23,—; Neischkau 2,20; Hamburg I inkl. Jns. 50,—; Dö.-Kesselsdorf 6,—; Elsterwerda, Voigt 1,40; Dypach 14,40; Coblenz 12,—; Berlin, Nade 1,70; Wittenberge, Ziegler 0,90 Mt.

Die Expedition des „Steinarbeiter“.
S. B.: Carl Hirtmann.

Briefkasten.

Meißen. Alle Sendungen von Meißen kommen ungenügend und zum Theil garnicht frankirt hier an. In Zukunft werden derartige Sendungen nicht mehr angenommen. Gültig auch für andere Orte.

Rackwitz, Pockenu, Löwenberg, Bunzlan u. s. w. Quittungen sind unnöthig. Namensunterschrift befindet sich doch auf Listen. Die Geschäftsleitung.

Anzeigen.

„Geschichte der Organisation der Steinarbeiter Deutschlands“

von **Gustav Kessler**,
herausgegeben im Auftrage des 8. Kongresses der Steinarbeiter Deutschlands
von der **Geschäftsleitung**
Verleger **Paul Mitschke**,
Rixdorf-Berlin, Steinmetzstraße 14.

Ich versende
12 Stück Steinmetzknüpfel
aus **prima Weißbuche** für **10 Mk.** fortirt von 15—19 cm Durchm., fortirt von 16—21 cm Durchm. von **12 Mk.**, alle andern Stärken laut Verzeichniß. Nur hochfeine Waare. Größtes Geschäft in der Branche. Nur Nachnahme. Versand nicht unter 12 Stück.
Walter Lanterwald,
Eisleben.

Steinarbeiter von Dresden und Umgebung!

Sonntag, den 3. September
grosses Sommerfest,
verbunden mit **Konzert, Vogelschießen** für Herren und Damen, **Preisregeln** und Kinderbelustigungen im Garten und Saale des Karolabades, Pirna. Anfang 1 Uhr. Beginn des Tanzes um 5 Uhr.
Kollegen von Nah und Fern sind hierzu eingeladen.

Das Komitee.

Steinmetzhobelstahl bei 1 Kilo 80 Pf.
bei 5 " 70 "
" 25 " 60 "

Steinmetzbleistifte
von J. J. Rehbach und Joh. Faber,
Gros 2 Mt.

Echte Steinmetzbesen,
Stück 50 Pf.,
sowie alle anderen Werkzeuge etc. billigt bei
Otto Bernhardt (vorm. Theod. Dietze),
Dresden A., Blumenstr. 19.

5—6 tüchtige Granithauer

auf schleistr. Arbeit f. Sommer- u. Winterarbeit sof. gef.
Arbeitszeit 10 Stunden, 45 Pf. Stundenlohn.
A. Schraep, Granit-Industrie
Rostock i. M.

Tüchtige Steinmetzen

für reichere Sandsteinarbeiten finden dauernde Beschäftigung. Verdienst im Afford 11 Stunden 4,50 bis 12 Stunden 6,50 Mt.
Philipp Holzmann & Co.,
Ges. m. beschr. Haftung.
Bau-Bureau: STRASSBURG.

Nachruf.
Am 20. August starb mein Freund, der organisirte Kollege
Herrmann Pilz
aus Hartliebsdorf.
Ehre seinem Andenken!
W. Winter, Hartliebsdorf.